



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zu den Mündlichen Anfragen:

Frage 2: **Neue Alternativstandorte für die Endlagersuche nur in Niedersachsen?**

99. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 15. September 2006

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Jüngst wurde in der niedersächsischen Presse, so etwa in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vom 24. August, von einem Zwischenbericht einer Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover berichtet, demzufolge insbesondere in niedersächsischen Regionen Formationen mit Wirtsgesteinen bestehen, die potenziell für die Endlagerung radioaktiver Abfälle geeignet seien.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Dürr, warten Sie bitte einmal! – Ich beabsichtige, gleich bei einigen abzufragen, ob sie verstanden haben, was Sie gesagt haben. Ich weiß nämlich nicht, ob Herr Kollege Meinhold oder andere Kolleginnen und Kollegen jetzt gerade mitbekommen haben, worüber Sie vortragen. – Wenn ein wenig mehr Ruhe eingetreten ist, dann sollten Sie fortfahren; denn es gilt, dem gesamten Komplex thematisch-inhaltlich folgen zu können.

Bitte schön, Herr Dürr!

Christian Dürr (FDP):

Gemäß Berichterstattung in der *NOZ* besitzen nach dem Zwischenbericht, bezogen auf Salz als Wirtsgestein, lediglich Steinsalzstrukturen in Norddeutschland „eindeutig gute Eigenschaften“ für eine mögliche Nutzung als Endlager für radioaktive Abfälle. Während Granit praktisch als Wirtsgestein ausscheidet, würden sich die Experten hinsichtlich Tongestein ebenso auf Standorte in Norddeutschland und (wenige) Bereiche in Süddeutschland konzentrieren, wobei der Schwerpunkt wiederum in Niedersachsen liegt.

Für den bereits mit hohem finanziellen Aufwand erkundeten Standort Gorleben besteht auf der Grundlage des so genannten Atomkonsenses weiterhin ein Moratorium und damit ein Erkundungsstopp, obwohl auch nach Aussage der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 die bisherigen Erkenntnisse hinsichtlich der Geologie einer Eignungshöflichkeit des Salzstockes nicht entgegenstehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse des Zwischenberichts der BGR?
2. Ergeben sich angesichts der Aussagen des Zwischenberichts neue Erkenntnisse zur Frage der grundsätzlichen Eignung von Ton, Salz und Granit als Wirtsgesteine zur Endlagerung radioaktiver Abfälle?
3. Führen die Erkenntnisse des Zwischenberichtes zu einer Veränderung der Haltung der Landesregierung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle?

[...]

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wenzel tut ja immer wieder so, als sei der Standort Gorleben nun absolut ungeeignet und als würde es sich überhaupt nicht lohnen, dort weitere Untersuchungen anzustellen. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung, ob die Formation des Salzstockes Gorleben als möglicher Standort in der Karte der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe auftaucht.

[...]

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Dürr stellt seine letzte Zusatzfrage.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Insbesondere nach den Äußerungen von Vertretern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion am heutigen Tage

(Andreas Meihnsies [GRÜNE]: Wir haben auch Namen, Herr Kollege!)

- von Herrn Meihnsies, von Herrn Wenzel, von Herrn Dehde; ich könnte an dieser Stelle auch noch andere Namen nennen – frage ich die Landesregierung: Hat die Landesregierung Verständnis dafür, dass sich mir und wohl auch vielen anderen in diesem Hause der Verdacht aufdrängt, dass SPD und Grüne zwar offiziell eine Endlagersuche wollen, dann aber, wenn die Suche zu dem Ergebnis führt, dass vor allem Standorte in Niedersachsen geeignet seien, von den eigenen Ansprüchen auf einmal nichts mehr wissen wollen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 99. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 27.09.2006